Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten u. die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 236. Montag den 24. August 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Gewerbekammer zu Leipzig

hat beschlossen, zur theilweisen Deckung ihres Verwaltungsaufwandes für das laufende Jahr auf **jede Mark** des für das Einkommen in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel und Gewerbe) entfallenden Steuerbetrags

einen Zuschlag von 2 Pfennigen

erheben zu lassen.

Dieser Zuschlag, welcher mit dem auf den **30. September d. J.** fallenden Hebetermine der staatlichen Einkommensteuer erhoben werden soll, ist von den zur Gewerbekammer wahlberechtigten Gewerbetreibenden des Kammerbezirks (Leipzig, Marktranstädt, Taucha, Grimma und die zur Kgl. Amtshauptmannschaft Leipzig gehörenden Landgemeinden), deren bezügliches Einkommen 600 ℳ übersteigt, zu entrichten.

Leipzig, den 15. August 1891.

Die Gewerbekammer.
D. A. Oehler, Vors. Herzog, Secr.

Steuer-Zuschlag zur Deckung des Aufwandes der Handelskammer.

Die Handelskammer hat beschlossen, zur Deckung ihres Verwaltungs-Aufwandes, einschließlich des Aufwandes der Börse, von denjenigen Kaufleuten und Fabrikanten in Leipzig und im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig, welche in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters (Einkommen aus Handel, Gewerbe u. s. w.) mit mindestens 1800 ℳ eingeschätzt sind, für das laufende Jahr einen **Steuer-Zuschlag von vier Pfennig auf jede Mark** desjenigen Steuersatzes, welcher nach der in §. 12 des Einkommensteuer-Gesetzes ertheilten Scala auf das in Spalte d des Einkommensteuer-Katasters eingestellte Einkommen jedes Beitragspflichtigen entfallen würde, mit dem auf den **30. September d. J.** anstehenden Hebetermin erheben zu lassen, und es wird dieser Zuschlag hiermit ausgeschrieben.

Leipzig, den 16. Juli 1891.

Der Vorsitzende der Handelskammer.
A. Thieme. Dr. Gensel

Herr Liebknecht in der Klemme.

* Das Geschäft des Abwirthschaftens wird in Brüssel von den internationalen revolutionären Socialdemokraten derart mit Eifer betrieben, daß man einigen Erfolg davon wohl erwarten darf. Nach den am Freitag geführten Verhandlungen über die Militairfrage sind auch die eben erst erwähnten Betrachtungen des Berwärts über die „Vaterlandslosigkeit" der deutschen Socialdemokratie verständlich geworden. Herr Liebknecht wußte in Brüssel natürlich schon seit einigen Tagen, was da kommen werde und hielt es für zweckentsprechend, durch einen nach Berlin geschickten Artikel darauf vorzubereiten, daß er und die deutsche Socialdemokratie in eine abscheuliche Klemme gerathen sind. Der Brüsseler Congreß will dem Begriff „international" eine gar merkwürdige Auslegung geben. Das Wort soll ungefähr dahin verstanden werden, daß die gesammte socialdemokratische Welt vor Allem an der Zertrümmerung des deutschen Reiches interessirt sein müsse. Franzosen, Holländer und Dänen sind darin einig, die Engländer stehen der ganzen Frage mit verschränkten Armen gegenüber, die deutschen Socialdemokraten aber sind in der Zwangslage desjenigen, auf den von rechts und links der aller Augen gerichtet sind, voll Erwartung, was er nun sagen werde. Und Herr Liebknecht schwingt sich zu einem — schmählich halben Entschluß empor, er glaubt damit durchschlüpfen zu können, daß er sich für den Fall eines jeden Krieges vorbehält, welche der beiden kriegführenden Mächte er für die „eigentliche" Anstiftung des Feuerbrandes verantwortlich machen will.

Nun haben wir schon darauf hingewiesen, daß ein solcher Vorbehalt unter allen Umständen ein vaterländisches Bewußtsein ausschließt und in gegenwärtiger Zeit seine besondere Frivolität in sich birgt; letzteres zu bestreiten wird heute auch Herr Liebknecht nicht mehr im Stande sein, nachdem er selbst in Brüssel den westlichen Nachbarn einen programmwidrigen Chauvinismus zum Vorwurf gemacht hat. Aber vom Standpunct der Nichtdeutschen und Chauvinisten ist die Liebknecht'sche Ausflucht eine Halbheit und wesenlos, sie verlangen die active Mitwirkung der deutschen Genossen zur Verhinderung des Krieges, das will aber in Anbetracht der Dinge nichts anderes bedeuten, als einen meuchlings verübten Angriff auf die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands in dem Augenblick, da es von streitsüchtigen Nachbarn mit Krieg überzogen würde. Wenn je ein grausamer Scherz verdientermaßen unsere vaterlandslosen Socialdemokraten bis ins Mark getroffen hat, so ist es dieser. Sie sollen ihre relative beste Organisation zur Verfügung stellen, um eine Revolution und Meuterei im Lande anzufachen, sobald Deutschland gezwungen wäre, das Schwert aus der Scheide zu ziehen; sie sollen es thun zum Beweis ihrer Kraft, zur Bewährung ihrer Organisation, zur Erhaltung des Völkerfriedens, und Herr Liebknecht weiß nur zu gut, daß es in Wahrheit geschehen soll zur Befriedigung eines Rachedurstes, der in Frankreich also auch beim „Volke" noch seine Kreise zieht, zur Vernichtung des Deutschen Reiches und alles dessen, was unter dem schützenden Dache des Reiches groß geworden ist, die deutsche Socialdemokratie nicht ausgenommen. Das ist ja nun eine bitterböse Situation, sie ist völlig danach angethan, die brüderlichen Gesinnungen in ihr Gegentheil umzukehren, in Deutschland eine nationale Saite dort wieder laut und hell erklingen zu lassen, wo jahrelang zielbewußt dahin gearbeitet worden ist, daß sie zerreiße, und Spaltungen unvermeidlich zu machen.

Es kann nicht ausbleiben, daß socialdemokratische Stimmen Herrn von Vollmar dafür verantwortlich machen, daß so schroffe französisch-chauvinistische Forderungen gestellt wurden. Man wird sagen, es sei überhaupt erst durch das neuere Auftreten des Herrn von Vollmar als Bedürfniß empfunden worden, zum „Militarismus" Stellung zu nehmen, denselben als eine Frage anzuerkennen, die auch für die Parteigenossen selbst noch der einheitlichen Beantwortung bedürfe. Das ist aber jedenfalls verkehrt. Das Kokettiren der Herren Liebknecht und Genossen mit Frankreich und den Franzosen ist Schuld daran; es hat nachgerade so lange gedauert und ist so dreist zu Tage getreten, daß die Franzosen von ihrem Standpunct aus nur folgerichtig handelten, wenn sie Herrn Liebknecht auch auf die französische Revanchepolitik verpflichten wollten. Sollte es wirklich die Absicht gewesen sein, die Vollmar's bei dieser Gelegenheit vor die Entscheidung zu stellen, ob sie international im französisch-chauvinistischen Sinne sein, oder aufhören wollten, Socialdemokratie zu spielen, so wäre wiederum der eine Mann nicht dafür haftbar zu machen, der zufällig den Namen hergiebt! Dann wäre vielmehr zu bedenken, daß den Franzosen so gut wie uns Allen die Thatsache vertraut ist, daß von den anderthalb Millionen socialistischer Wählern in Deutschland noch nicht 10 Procent derart „bewußte Socialdemokraten" sind, um den Bestand des Reiches, sich selbst und das Blut von Hunderttausenden der Volksgenossen einer rachesüchtigen Laune der Franzosen zum Opfer zu bringen.

Wie Herr Liebknecht sich schließlich aus diesen Beklemmungen herausfindet, ist uns so gleichgiltig als nur möglich, und was Herr von Vollmar weiterhin von sich hören läßt, um ein interessanter Mann für das Tagesgespräch zu bleiben, ist uns genau ebenso gleichgiltig. Wohl aber soll uns verlangen, bei späteren Wahlgelegenheiten die Probe darauf zu erleben, was die deutsche Arbeiterschaft von einer Socialdemokratie denkt, die sich im Ausland das Ansinnen gefallen läßt, angesichts des Mobilmachungsbefehls den Gehorsam zu weigern und im Rücken der Ausmarschirenden den heimathlichen Herd derselben zu zerstören.

Leipzig, 24. August.

* Moltke sagt in seinen „Denkwürdigkeiten" vom 1866er Krieg Folgendes: Der Krieg von 1866 ist nicht aus Nothwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Cabinet als nothwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut, für die Machtstellung. Dem besiegten Oesterreich wurde kein Fußbreit seines Territoriums abgefordert, aber es mußte auf die Hegemonie in Deutschland verzichten. Die Reichsfürsten trugen selbst die Schuld, wenn das alte Kaiserthum seit Jahrhunderten schon nicht mehr deutsche, sondern Hauspolitik trieb. Oesterreich erschöpfte, während es die deutschen Westmarken unbeschützt ließ, seine Kräfte in Eroberungen jenseits der Alpen, statt dort, wohin die Donau den Weg zeigte. Sein Schwerpunct lag außerhalb, der Preußens in Deutschland. Preußen fühlte sich stark und berufen, die Führung der deutschen Stämme zu übernehmen. Der bedauerliche, aber unvermeidliche Ausschluß eines derselben aus dem neuen Reiche konnte nur durch ein späteres Bündniß annähernd ersetzt werden. Aber unvergleichlich mächtiger ist Deutschland ohne Oesterreich geworden, als es zuvor mit Oesterreich gewesen ist.

* Zur Geschichte des Rücktritts des Fürsten Bismarck bringt die Münchener „Allgemeine Zeitung" folgende Mittheilung: Die „National-Zeitung" begleitet den Abdruck unserer jüngst hinsichtlich des Verhaltens des Grafen Münster gemachten Bemerkungen an der Stelle, wo es heißt, „daß Fürst Bismarck sein Abschiedsgesuch erst auf wiederholten kaiserlichen Befehl eingereicht habe", mit einem Fragezeichen. Somit ist der „National-Zeitung" nicht bekannt, daß, nachdem Fürst Bismarck es abgelehnt hatte, zu einem Vortrag über das von ihm einzureichende Abschiedsgesuch am 17. März Nachmittags im königlichen Schlosse zu erscheinen, ihm gegen Abend durch den vom Kaiser entsendeten General von Hahnke persönlich eröffnet wurde, daß Seine Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuchs erwarte. Fürst Bismarck entgegnete, daß er nicht glaube, die Verantwortlichkeit für die Einreichung seines Abschiedsgesuches im gegenwärtigen Augenblicke übernehmen zu können, im Uebrigen stehe es ja Sr. Majestät frei, ihm den Abschied zu jeder Minute auch ohne Gesuch zu ertheilen. Am folgenden Morgen erschien der Chef des Civilcabinets, Wirkl. Geh. Rath v. Lucanus, mit dem gleichen Auftrage, daß der Kaiser der Einsendung des Abschiedsgesuches im Laufe des Tages entgegensehe. Fürst Bismarck erwiderte, daß er dazu Zeit brauche, könne diese nicht abgewartet werden, so möge man ihm den Abschied ohne Gesuch geben. Am Abend des 18. März erfolgte dann die Einsendung des ausführlich motivirten Abschiedsgesuches. Dieser Sachverhalt, an dessen Richtigkeit wohl kein Zweifel besteht, rechtfertigt die Auffassung, daß die Einreichung des Abschiedsgesuches auf wiederholten kaiserlichen Befehl geschehen sei. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die vorstehende Mittheilung der Münchener „Allgemeinen Zeitung" den Thatsachen entspricht, Thatsachen, durch welche es erklärlich ist, daß Millionen von reichstreuen Herzen sich heute noch nicht von dem Gefühl patriotischer Mißstimmung frei machen können.

* Zur Tarifreform wird der „Magdeburger Zeitung" aus Berlin geschrieben: „Der Streit über die Reform des Berliner Vorortsverkehrs hat die weit wichtigere Frage, wie sich der neue Eisenbahnminister zu der allgemeinen Reform der Personentarife stellt, einigermaßen in den Hintergrund treten lassen. Da durch die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" die Berliner Reform in der Hauptsache als geregelt angesehen werden kann, wendet sich das allgemeine Interesse wieder der wichtigeren Frage zu und man erwartet mit Recht, daß nunmehr auch für die übrigen Strecken bald etwas geschehen werde. Leider befindet sich die Angelegenheit dem Vernehmen nach noch mitten im Stadium der Erwägungen und Ermittelungen, so daß die Einführung des neuen Tarifs noch gar nicht abzusehen ist, mindestens für das nächste Jahr noch durchaus zweifelhaft sein dürfte. Wie versichert wird, soll der Minister nicht die Absicht haben, die von seinem Vorgänger vorgeschlagenen Kilometersätze von 6 ₰ in 1. Classe, 4 ₰ in 2. Classe und 2 ₰ in 3. Classe noch weiter zu ermäßigen, dagegen bereit sein, die Zuschläge für Schnellzüge für weite Entfernungen nach einem niedrigeren Satze zu berechnen. Die Rückfahrkarten, Sommer- und Rundreisekarten, die Preisermäßigungen für Gesellschaftsfahrten, Sonderzüge, sowie alle anderen Vergünstigungen dieser Art, mit Ausnahme der Arbeiter-, Schüler- und Zeitkarten sollen mit der Einführung des Reformtarifs von der Bildfläche verschwinden, um dem Verkehr die so sehr vermißte Einheitlichkeit und Einfachheit zu geben. Auch die Abschaffung der 4. Wagenclasse soll trotz der von den Bezirkseisenbahnräthen und Handelskammern erhobenen Gegenvorstellungen beschlossene Sache sein. (Das ist doch noch abzuwarten; hoffentlich wird darüber noch vorher im Abgeordnetenhause verhandelt werden. Anm. der Redaction.) Die 4. Classe wird fortan — jedoch als 3. Classenwagen, d. h. zu den Sätzen dieser Classe — nur noch im Nahverkehr Verwendung finden, in so weit diese jetzt schon geführt wird, um den Marktleuten ꝛc. das Mitführen von Traglasten zu erleichtern. Im Fernverkehr sollen dagegen 4. Classenwagen nicht mehr geführt und Traglasten nicht mehr frei zugelassen werden. Diese Maßregel ist geeignet, eine förmliche Revolution im Reiseverkehr auf den preußischen Staatsbahnen herbeizuführen, wo man gewöhnt gewesen ist, die vierte Wagenclasse als eine nicht gerade schöne, aber doch unentbehrliche Einrichtung anzusehen. Die Folge hiervon wird eine allgemeine Verschiebung des Verkehrs nach oben, oder, was auf dasselbe hinauskommt, eine Vertheuerung des Fahrgeldes sein, womit die Reform in einem bedenklichen Lichte erscheint. Nimmt man noch hinzu, daß auch das Freigepäck zur Aufhebung kommt, wenn auch unter Ermäßigung der jetzigen Gepäckfracht, so könnte man beinahe wünschen, daß Alles beim Alten bliebe. Auf die Entwicklung der Dinge kann man somit gespannt sein".

* Bisher ist über die Berathungen und die Ergebnisse der Handwerker-Conferenz, welche vom 15.—17. Juni in Berlin zwischen Vertretern des Reichsamts des Innern, sowie des Ministers für Handel und Gewerbe und den Delegirten des Handwerkerstandes abgehalten wurde, wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen. Jetzt gelegentlich der Abhaltung des deutschen Tischlertages in Kassel gab Herr Rings-Köln, welcher der Conferenz als Delegirter angehörte, seinen Collegen in öffentlicher Versammlung einige Aufschlüsse. Herr Rings (welcher nur seine persönlichen Eindrücke schilderte, Weiteres dürfe er nicht mittheilen, erklärte er) glaubt, daß der Befähigungsnachweis, wie ihn der Reichstag beschlossen habe, nicht die Zustimmung der Regierung erhalten werde, doch scheine es im Werke zu liegen, daß nur Denjenigen gestattet werde, Lehrlinge auszubilden, welche auch wirklich die Befähigung dazu haben, bez. nachweisen können. Ferner werde man etwas zu erwarten haben, wonach man schon lange gestrebt, nämlich eine gesetzliche Vertretung des Handwerks in Form von Handwerker-Kammern. Er glaube, daß die Regierung damit umgehe, solche schon in allernächster Zeit zu errichten, bez. die erforderlichen Schritte ergreifen werde, um die Sache zu verwirklichen. Dadurch werde man endlich in Zukunft die Bevormundung durch die Handelskammern los sein. Im Weiteren glaubt Herr Rings die begründete Ansicht aussprechen zu dürfen, daß das Staatsministerium dem Kaiser Vorschläge über einen Gesetzentwurf betreffs Errichtung der obligatorischen Innung machen werde. Diese beiden Neuerungen würden zweifellos in nächster Zeit entstehen und ein großer Fortschritt zur Förderung des Handwerks sein. Die Conferenz habe in jeder Beziehung ein befriedigendes Ergebniß gehabt und das Handwerk wisse nun, daß es volles Vertrauen in die Intentionen der Regierung setzen könne.

* Die Richter'sche Presse ist in der Getreidezollfrage mit ihrem Latein zu Ende. Statt ihre Gegner sachlich zu widerlegen und zu bekämpfen, denuncirt sie dieselben nach alter Weise wieder als Officiöse und dichtet Herrn v. Caprivi trotz aller seiner gegentheiligen Erklärungen ein volles Preßbureau an. Nebenbei bemerkt, versteigt sich das Richter'sche Amtsblatt zu der Prophezeiung, für eine Herabsetzung der Getreidezölle, die nicht auf allen Grenzen gleichmäßig stattfände, sei im Reichstage eine Mehrheit nicht vorhanden. Diese Prophezeiung wird sich ebenso wenig erfüllen wie die andere, daß die Regierung schließlich doch noch gezwungen werden würde, den Getreidezoll vor Abschluß der Handelsverträge herabzusetzen. Jeder, der unsere parlamentarischen Verhältnisse genauer kennt, weiß, daß die in den Handelsverträgen vorgesehene Herabsetzung der Getreidezölle nur dann im Reichstage eine zustimmende Mehrheit finden wird, wenn dieser Herabsetzung entsprechende Gegenleistungen auf andern Gebieten gegenüberstehen. Die nothwendige Schlußfolgerung ist die, daß die Länder, welche keine solche Gegenleistungen machen, auch nicht der niedrigern Getreidezölle theilhaft werden.

* Wiederholt ist in jüngster Zeit von einer Verstimmung zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Herzog Ernst von Coburg gesprochen worden. Von Coburg aus hat man dies unlängst entschieden dementirt; jetzt wird jedoch mit aller Bestimmtheit, und zwar aus Coburg selbst gemeldet, daß Herzog Ernst zu den Kaisermanövern in Thüringen nicht erscheinen werde. Die Nachricht hat sofort die Frage wieder aufgefrischt, woher die Verstimmung rühre, und abermals werden die beiden bekannten Versionen aufgetischt, deren eine lautet, der Herzog habe den Kaiser seinerzeit zu bewegen versucht, von der Entlassung des Fürsten Bismarck abzusehen; während die andere wissen will, der Herzog habe sich später erboten, eine Aussöhnung zwischen Kaiser und Kanzler herbeizuführen, mit diesem Beginnen jedoch in Friedrichsruhe kläglich Schiffbruch gelitten, und den Fehlschlag soll der Kaiser unangenehm empfunden haben.

* * *

* Aus Paris, wird geschrieben: In diplomatischen Kreisen wird folgende Nachricht beachtet: Der Präsident des Generalraths der unteren Seine citirte gelegentlich eines officiellen Diners eine Aeußerung des russischen Militair-Attachés Fredericks, welcher bereits 1888, indem er die französische Armee rühmte, gesagt hätte: „Was wartet ihr doch mit solcher Armee? Thut einen Schritt vorwärts und wir öffnen euch die Arme." Es contrastire dies einigermaßen mit der Versicherung der französischen Regierungskreise, daß ihnen die überschwenglichen Manifestationen für die lediglich Friedenszwecke verfolgende französisch-russische Entente keineswegs genehm seien, wenn eine derartige Aeußerung unter dem Beifall einflußreicher und theilweise amtlicher Persönlichkeiten gerade jetzt der Vergessenheit entrissen werde. (Wiederholt.)

* Der Graf von Paris hat sich nicht damit begnügt, in einem Schreiben dem Papste Vorwürfe zu machen, daß er zur Republik abgeschwenkt ist, sondern er hat seinem Proteste den nöthigen Nachdruck dadurch verliehen, daß er seinen monatlichen Beitrag, den er zur Casse des Papstthums zu leisten pflegte, gesperrt hat.

* „Capitan Fracassa" meldet, die Regierung in Rom habe besondere Maßregeln zur Sicherung der Kriegshäfen angeordnet.

* Aus Portsmouth wird gemeldet: Auf der königlichen Yacht bei der Durchfahrt durch die französische Flotte befanden sich außer der Königin, der Herzog von Connaught, der Prinz Georg von Wales, die Prinzessinnen Luise und Beatrice. Nachdem die Yacht zwischen den Admiralschiffen „Marengo" und „Camperdown" verankert war, entbot die Königin den Admiral Gervais und die Officiere an Bord und drückte Herrn Gervais wiederum in huldvollen Worten ihre Freude über die Ankunft der französischen Flotte in den englischen Gewässern und das stramme Aussehen der französischen Flotte aus. Die Königin ließ darauf den englischen Schiffen ihre Befriedigung über die Leistungen salutiren und wiederholte letzteres mündlich dem Oberstbefehlshaber Clanwilliam. Darauf fuhr sie nach Osborne zurück, begleitet von dem fortdauernden Hurrahgeschrei der in den Raen und Schiffsgängen aufgeenterten Mannschaften. Bei dem Festbankett im Admiralitätshause, welches nach der Flottenschau stattfand, präsidirte Clanwilliam und brachte den Trinkspruch auf die Königin und den Präsidenten Carnot aus, welchen Trinkspruch Gervais in kurzen Worten beantwortete. Gleichzeitig speisten die niederen Officiere in der Marineschule unter Vorsitz des Admirals Jones an sechs getrennten Tischen aufs Festlichste, wobei der „Effect" darin bestand, daß bei dem Trinkspruch auf die französischen Gäste plötzlich die elektrischen Lampen erlöschten und auf den Glasplatten der Tische die von unten beleuchtete französische Tricolore erschien. Der Ball auf dem Rathhause dauerte bis heute früh 6 Uhr. Die Tanzkarte war hübsch aus dem Union Jack und der Tricolore zusammengebildet. Unter 22 Tänzen befand sich nicht ein einziger deutscher oder österreichischer Tanz. Ich habe mir Herrn Gervais, der so plötzlich berühmt geworden, aus unmittelbarer Nähe lange genau angesehen. Er sieht für seine 57 Jahre sehr conservirt und fast jung aus und erinnert in Haltung und Kopfschnitt sehr an den General Mena, den frühern mexikanischen Gesandten in London. Er gilt für einen Weiberfeind, was ihn bei den Weibern nach alter Erfahrung doppelt interessant macht. Sein Auftritt ist würdevoll und unbeweglich, sodaß hier und da die Bemerkung laut wurde, er habe die Dictatormaske und werde vielleicht als der derzeitige Mann vom größten Prestige in Frankreich die Rolle Boulanger's aufnehmen. Waddington erschien neben ihm äußerlich höchst unbedeutend. Im Ganzen machte er einen günstigen Eindruck, obgleich er verschmähte, sich unter das Publicum im Tanzsaal zu mischen, sondern vorzog, auf der Estrade zu verbleiben.

* Das russische Wegecommunications-Ministerium hat aus Schaulen und Plozk in Polen Telegramme erhalten, daß dort die Bauern sich der Abfertigung von mit Getreide beladenen Güterzügen gewaltsam widersetzen. Da nun in den betreffenden Orten keinerlei Nothstand herrscht, so schien das turbulente Vorgehen der Bauern ganz unerklärlich. Wie man die eingeleitete Untersuchung ergeben hat, sind die Bauern von Getreidespeculanten zur Erregung von Unruhen angestiftet worden. Diese, welche in früherer Zeit für verhältnißmäßig billigen Preis die Lieferung von Getreide übernommen hatten, das sie jetzt zu weit besseren Preisen verkaufen könnten, suchen Unruhen zu erregen, um sich der Verpflichtung, das Getreide zu liefern, mit dem Hinweis auf eine „force majeure", die ihnen dieses unmöglich mache, zu entziehen. Durch Gendarmen und Militair ist es gelungen, der Aufständischen Herr zu werden.

* Den letzten Nachrichten aus Yemen zufolge sind seit Beginn des Aufstandes in Arabien 3500 Soldaten der Regierungstruppen durch Krankheiten, infolge der Hitze und in den Kämpfen mit den Insurgenten umgekommen. Die übrigen 6000 Mann reichen nicht aus zur Unterdrückung des Aufstandes. Man wartet daher das Eintreten kühlerer Witterung ab, um weitere 4000 Mann nach Yemen abzusenden mit dem Auftrage zu energischem Vorgehen.

* Eine „Standard"-Depesche aus Shanghai meldet, daß bezüglich der Gegensätze zwischen den fremden Vertretern und der chinesischen Regierung betreffs der zu bewilligenden Entschädigungen für die durch die letzten Unruhen verursachten Verluste eine günstigere Wendung eingetreten ist und nun Aussichten zu einer friedlichen Lösung vorhanden sind. Obwohl die Behörden in Peking sich betreffs der Entschädigungen der Europäer williger zeigen, so zögern sie doch gegen Hünan vorzugehen, wo der Pöbel, wie bekannt, eben erst eine Expedition zur Herstellung telegraphischer Verbindungen verjagt habe. Andererseits scheinen die fremden Gesandten geneigt, der Regierung entgegen zu kommen und haben eingewilligt, daß die Entschädigungen, welche den Europäern für die bei den weniger bedeutenden Unruhen zugefügten Verluste zu leisten sind, von den localen Behörden gezahlt werden.

* Das „Reuter'sche Bureau" hat von der chilenischen Regierung nachstehendes Telegramm erhalten:

Santiago de Chile, 18. August 1891. Am 15. d. M. entstand hier nicht geringe Aufregung in Folge der Nachricht, daß die Rebellen einen Handstreich gegen die ein wenig nördlich von Valparaiso gelegenen Häfen San Antonio und Quintero planten. In der Nacht vom 14. zum 15. August durchschnitten die Insurgenten die Telegraphendrähte und sprengten einen Theil der Brücken und des Eisenbahngleises mit Dynamit in die Luft. Der angerichtete Schaden wurde jedoch sehr bald von der Regierung wieder ausgebessert, welche Brücken, Eisenbahnen und Telegraphenleitungen unter die Bewachung regulärer Truppen stellen ließ. Die Insurgenten sind bisher noch nicht erschienen und der angedrohte Ueberfall hat sich, Dank der vom Präsidenten Balmaceda an den Tag gelegten Energie, als leerer Schreckschuß erwiesen. Die neutralen Staaten sind der Ansicht, daß es unmöglich sein wird, die Regierung zu stürzen, und schon neigen sich viele Mitglieder der revolutionären Partei dieser Ansicht zu. Die Armee ist vorzüglich disciplinirt und von dem besten Geiste erfüllt. — Am 15. d. M. näherte sich das der Regierung gehörige Torpedo-Kanonenboot „Almirante Condell" dem Hafen von Caldera. Sofort machten sich die Insurgentenschiffe „Cochrane" und „O'Higgins" zum Angriff bereit, worauf der „Almirante Condell" in westlicher Richtung weiterdampfte. Bald schlossen sich die gleichfalls zur Congreßpartei haltenden Kriegsschiffe „Huascar" und „Cachapoal" der Verfolgung an. Der „Condell" schlug nun einen anderen Curs ein und steuerte südlich. Er war fast bis nach Carrizal gelangt, als der Congreßkreuzer „Esmeralda" aus dem Hafen lief und ihm den Rückzug abzuschneiden suchte. Der „Almirante Condell" wandte sich nun, von allen Seiten bedrängt, nach Südwesten, als noch aus dem Hafen von Huasco die beiden Congreßschiffe „Magellanes" und „Amazonas" herausdampften, um ihm den Weg zu verlegen. Die sieben feindlichen Kriegsschiffe bildeten einen Kreis um den „Almirante Condell" und feuerten 80 Schüsse auf ihn ab, ohne ihn jedoch ernstlich zu schaden. Es gelang dem „Condell" vielmehr, glücklich davonzukommen, nachdem er die ganze Insurgentenflotte der Lächerlichkeit preisgegeben hatte. Der Commandeur des „Condell", Capitain Moraja, ist ein ausgezeichneter Seemann von hohem Muth. — Heute, am 18. d. M., erschien der Insurgentenkreuzer „Esmeralda" vor Valparaiso und feuerte, sich sorgfältig aus dem Bereich der Küstenbatterien haltend, 8 Schüsse